

Freitag
21. September 2012

Fr. 3.20, Ausland: € 2.60 / AZ 8021 Zürich
120. Jahrgang Nr. 220 – Auflage 195 618

Happy End Mit 95 Jahren musste ein Zürcher Rentner seine Wohnung verlassen – und fand eine neue Bleibe. 19

Rekord! In keinem anderen Land Europas gehen mehr Kinder mit Smartphones online als in der Schweiz. 42

Ideentransfer Im neuen iOS von Apple taucht die berühmte Uhr der SBB auf. 14



Trotz IT-Debakel 200 000 Franken für Insieme-Chef

Widmer-Schlumpf stoppt den Millionenflop Insieme. Ein noch unveröffentlichter Bericht zeigt, weshalb.

Von Christian Brönnimann, Bern

Nach Kosten von rund 100 Millionen Franken ohne nennenswerten Ertrag zieht Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf die Notbremse: Sie stoppt das IT-Grossprojekt Insieme der Steuerverwaltung. Das hat das Finanzdepartement gestern mitgeteilt. Die Risiken seien schlicht zu gross, erklärt Generalsekretär Jörg Gasser. Es sei unsicher, ob Insieme gemäss ursprünglichen Zielen und im Rahmen der gesprochenen Mittel jemals hätte zum Laufen gebracht werden können.

Der Abbruchentscheid basiert unter anderem auf einem noch unveröffentlichten Bericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK), der dem «Tages-Anzeiger» vorliegt. Der Bericht zeichnet das Scheitern von Insieme ungeschönt nach. Zwei grundsätzliche Übel fallen dabei auf: Erstens fehlte eine übergreifende Planung, zweitens stellte die EFK beim ehemaligen Gesamtprojektleiter «mangelnde Qualifikation» und Überforderung fest.

Im Zusammenspiel führten beide Mängel zu einer Hüst-und-hott-Strategie. «Mehr als wurde die Methodik geändert, (...) die bereits erarbeiteten Grundlagen neu geschrieben, weitere Sitzungs-gremien geschaffen und schliesslich (...)

bereits eingesetzte Software ausgewechselt», schreibt die EFK. Der Projektleiter habe sich nachweisbar von den zahlreichen Ideen der wechselnden externen Berater begeistern lassen.

Hohe Abfindung für Projektleiter

Die externen Firmen nutzten die Situation offenbar aus. «Oftmals haben hier innovative junge Leute Lösungen verwirklicht, die nicht unbedingt sachdienlich waren und Luxuslösungen darstellten», hält die EFK fest. Insgesamt sei der Eindruck entstanden, dass bei einigen Firmen nicht primär ein erfolgreiches Projekt im Vordergrund gestanden habe, sondern «Umsatzüberlegungen».

Für ihre Arbeit liessen sich die Externen fürstlich entlohnen. Die EFK registrierte Stundenlöhne von bis zu 520 Franken – das Doppelte des bundesweit geltenden Richtwerts. Der überforderte Gesamtprojektleiter mit «ungenügender Erfüllung seiner Funktionen» wiederum erhielt nach der Entlassung im Februar 2011 noch während vier Monaten den vollen Lohn – und danach eine Abfindung in der Höhe von 200 000 Franken. Und dies, obwohl ihm innerhalb der Steuerverwaltung eine andere Stelle angeboten worden wäre. Das sei «teilweise fraglich», urteilt die EFK. – Seite 3

Ein Hauch von Hollywood an der Limmat



Er kam, sah und grinste: John Travolta gestern Abend auf dem grünen Teppich vor dem Zürcher Kino Corso. Foto: Reto Oeschger

Unter grossem Publikums- und Prominentenandrang hat gestern Abend das 8. Zurich Film Festival begonnen. Den Auftakt besorgte Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann. «Ich geniesse es, einige Minuten in der Traumwelt Hollywoods verbringen zu dürfen», sagte der FDP-Bundesrat in seiner Rede.

Der eigentliche Star des Abends war jedoch John Travolta. Für sein Lebenswerk wurde der US-Schauspieler («Saturday Night Fever», «Pulp Fiction») mit dem Golden Eye Award geehrt. Im Anschluss wurde Oliver Stones neuer Thriller «Savages» gezeigt, in dem Travolta einen korrupten Drogenfahnder spielt.

Das Zurich Film Festival dauert bis zum 30. September, gezeigt werden 112 Filme aus 22 Ländern. Als Stargäste sind neben John Travolta die Schauspieler Richard Gere und Susan Sarandon, die Regisseure Oliver Stone und Tom Tykwer sowie US-Produzent Jerry Weintraub angekündigt. (TA) – Seite 29

Minder knöpft sich die Lobbyisten vor

Das Lobbying in der Wandelhalle des Parlaments habe ein «dekadentes Ausmass» erreicht, findet der parteilose Schaffhauser Ständerat Thomas Minder. Mit einem Vorstoss, über den die kleine Kammer am Montag entscheidet, will er den Interessenvertretern den Zugang zum Bundeshaus erschweren. Konkret sollen Lobbyisten keine dauerhaften Zutrittsausweise mehr erhalten. Die Idee stösst allerdings auf wenig Begeisterung. SP-Präsident Christian Levrat etwa erklärt, die Gespräche in der Wandelhalle würden masslos überschätzt. Derzeit verfügen 241 Lobbyisten über einen Dauerbadge für das Parlamentsgebäude. Gut vertreten sind Wirtschafts-, Arbeitnehmer- und Umweltverbände. Zudem weibeln 22 PR-Berater für ihre Kunden durchs Bundeshaus. Rücken diese – wie Gregor Rutz von der Zürcher SVP – ins Parlament nach, müssen sie ihre Mandate nicht deklarieren. (paf/len/sür) Kommentar Seite 2, Berichte Seite 4, 5

Republikaner-Strategie Karl Rove ist zurück

In seinem Buch «Boss Rove» zeichnet der amerikanische Autor Craig Unger die Karriere von Karl Rove nach. Der republikanische Strategie leitete 2000 und 2004 erfolgreich den Wahlkampf von George W. Bush. Für diesen arbeitete er anschliessend als Vize-Stabschef im Weissen Haus, bevor er 2007 von seinen politischen Ämtern zurücktrat. Im Interview mit dem «Tages-Anzeiger» erklärt Biograf Unger, wie der als unzimperlicher Strippenzieher berühmte Rove die Republikanische Partei von aussen wesentlich mitprägt. «Er hat mithilfe diverser von ihm kontrollierter Organisationen ungefähr eine Milliarde Dollar bei konservativen reichen Spendern eingesammelt», so Unger. Auch im aktuellen Wahlkampf mische Rove mit, und eine Niederlage Romneys würde er anderen anzuhängen versuchen, sagt Unger weiter. «Und solange Rove das Geld hat, wird sein Einfluss in der Partei stark bleiben.» (TA) – Seite 6, 7

Fall Mörgeli: SVP will Aepllis Rücktritt

In der Affäre um SVP-Nationalrat Christoph Mörgelis berufliches Wirken an der Uni Zürich ist gestern ein neues Puzzle-teil aufgetaucht: eine Seite aus der Mitarbeiterbeurteilung vom Februar. Daraus geht hervor, dass Mörgelis Leistung für ungenügend erachtet wurde. Sollte dies so bleiben, sieht das Papier das Ansetzen einer sechsmonatigen Bewährungsfrist vor. Dies steht im Widerspruch zu Aussagen der Zürcher Bildungsdirektorin Regine Aepli, wonach die Bewährungsfrist dieser Tage bereits abläuft. Für den Zürcher SVP-Präsidenten und Nationalrat Alfred Heer sind Aepllis Aussagen Grund genug für ihren Rücktritt, da diese falsch und «schlicht dumm» seien. Im Zürcher Personalgesetz steht jedoch: «Von einer Bewährungsfrist kann ausnahmsweise abgesehen werden, wenn feststeht, dass sie ihren Zweck nicht erfüllen kann.» Es könnte also durchaus sein, dass Mörgeli heute dennoch entlassen wird. (TA) – Seite 15

Heute

Wirtschaft
Siemens streicht 220 Stellen in der Schweiz

Der Münchner Technologiekonzern Siemens teilte gestern mit, er streiche in der Schweiz rund 220 Stellen in der Gebäudetechnik. Siemens reagiert damit auf die schwächelnde Konjunktur in weiten Teilen der Welt sowie auf den anhaltend starken Franken. Zuletzt war der Auftragseingang um annähernd ein Viertel eingebrochen. – Seite 43

Fussball
YB unterliegt Liverpool, Basel spielt in Lissabon remis

Acht Tore bekamen die 31 120 Zuschauer in Bern geboten, aber keine siegreichen Young Boys. Diese verloren zum Auftakt der Europa League 3:5 gegen Liverpool, das mit einer Reservemannschaft antreten war, um seine besten Spieler für die Meisterschaft zu schonen. Besser schlug sich Basel in Lissabon: Der FCB trotzte Sporting ein 0:0 ab. – Seite 56

Kommentare & Analysen

«Niemand hat das Geschichtsbild der Deutschen so geprägt wie dieser Mann.»

Martin Ebel über ZDF-Historiker Guido Knopp. – Seite 11

Der verheiratete Jesus: Zieht die Kirche Konsequenzen? – Seite 11

Service

Wetter	12
Leserbriefe	13
Todesanzeigen	27
Fernsehprogramme	34, 35
Veranstaltungen	37
Rätsel	41
Börse	49



Abo-Service 044 404 64 64, www.tagesanzeiger.ch/abo
Redaktion 044 248 44 11, redaktion@tages-anzeiger.ch, Werdstrasse 21, 8004 Zürich, Postadresse: Postfach, 8021 Zürich
Online www.tagesanzeiger.ch, news@newsnetz.ch

Inserate Tel. Annahme: 044 248 41 41 (Mo–Do 8–12 und 13–17.30 Uhr / Fr 8–12 und 13–17 Uhr), www.adbox.ch, inserate@tages-anzeiger.ch
Leserbriefe www.tagesanzeiger.ch/leserforum

Anzeige

Für einen starken Rücken.

MATRATZEN FESTIVAL

JETZT FESTIVAL PREISE!

ripasa
SWISS SLEEP

JETZT MATRATZE JUBILÉ PLUS
statt 1490.- nur **980.-**

moebelmaerki.ch

möbel märki

Volketswil, Industriest. 13, zw. Saturn+Volkiland
Dietikon, Riedstrasse 1 (Pestalozzi-Haus)
Pfäffikon SZ, Schützenstr. 2 / Rapperswil-Jona, im Jona-Center

Schweiz

Widmer-Schlumpf zieht den Stecker

Das IT-Grossprojekt Insieme der Steuerverwaltung wird abgebrochen. Trotz jahrelanger Investitionen von fast 100 Millionen Franken sind erst zehn Prozent der Programmierarbeiten vollendet. Die SP fordert eine parlamentarische Untersuchungskommission.

Von Christian Brönnimann, Bern

Das Ziel war ambitioniert, die Kommunikation schönfärberisch: Mit dem Informatikprojekt Insieme könne die Steuerverwaltung pro Jahr über 200 Millionen Franken einsparen, schrieb der Bundesrat noch im Sommer 2010, wenige Monate vor dem Abgang von Hans-Rudolf Merz an der Spitze des Finanzdepartements (EFD). Angesichts der erwarteten Einsparung ermächtigte die Regierung Merz damals, weitere 56 Millionen Franken für Insieme aufzuwerfen – zusätzlich zu den rund 100 bereits gesprochenen Millionen. Insieme hätte zwei veraltete Informatiksysteme aus den 90er-Jahren ablösen sollen.

Nun ist klar: Ein grosser Teil des Geldes ist verloren. Merz' Nachfolgerin Eveline Widmer-Schlumpf hat Insieme gestoppt, wie das EFD gestern mitteilte. Eine Weiterführung werde «als zu risikobehaftet beurteilt». Aus der Mitteilung wird ersichtlich, wie schlecht es um das 2005 gestartete Projekt Insieme tatsächlich steht: Für die «Kernsysteme» seien erst zehn Prozent der notwendigen Programmierarbeiten vollendet, schreibt das EFD. «Wesentliche Teile» des ursprünglichen Vorhabens seien zudem aus dem Projektumfang gestrichen worden.

Inexistente Kostenkontrolle

Von den total gut 150 Millionen Franken sind laut EFD-Generalsekretär Jörg Gasser 97 Millionen bereits ausgegeben worden. Die restlichen Mittel würden nun zurückgestellt. Es sei noch einmal mit «Abbruchkosten» von etwa 6 Millionen Franken zu rechnen, sagt Gasser. Wie viel Geld genau für welche Teile ausgegeben wurde, kann er nicht beziffern. Eine interne Kostenkontrolle habe die Steuerverwaltung erst im Jahr 2010 eingeführt.

Mit den Millionen war in den letzten Jahren ein riesiger Apparat von externen Informatikern und Experten aufgebaut worden. Zu Spitzenzeiten waren 220 Personen und zwei Dutzend Firmen an Insieme beteiligt. Dass bei der Auftragsvergabe dabei nicht immer alles mit rechten Dingen zugegangen war, hat im Sommer eine Administrativuntersuchung offengelegt: Aufträge wurden zuhauf widerrechtlich ohne öffentliche Ausschreibung vergeben. Als Konsequenz musste der langjährige Chef der Steuerverwaltung, Urs Ursprung, seinen Posten räumen. Gegen einen Abteilungs-



Den Chef der Steuerverwaltung kostete der Flop das Amt: Urs Ursprung und Eveline Widmer-Schlumpf im Februar 2011. Foto: Reuters

leiter ermittelt die Bundesanwaltschaft wegen ungetreuer Amtsführung.

Wie risikobehaftet das Weiterführen von Insieme wäre, zeigt ein noch unveröffentlichter Bericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK). Die «Applikationslandschaft» von Insieme bestehe aus «sehr vielen Einzelkomponenten mit entsprechenden Schnittstellen», schreibt die EFK. Anstelle von Standardmodulen seien Eigenentwicklungen und Nischenprodukte im Einsatz. Angesichts dieser Ausgangslage schätzt die EFK die technologischen Risiken insgesamt als «hoch» ein. Und: «Die Steuerverwaltung als prozessgesteuerte und kundenorientierte Verwaltungseinheit bleibt weiterhin eine Vision.»

Trotz des Scherbenhaufens ist das Tagesgeschäft der Finanzverwaltung laut Generalsekretär Gasser nicht gefährdet. Die alten Systeme für die Abrechnung von Mehrwert-, Bundes-, Verrechnungs- und Stempelsteuer könnten noch min-

destens bis 2017 weiterbetrieben werden. Wie sie dereinst ersetzt werden sollen, sei Aufgabe des zu nominierenden neuen Direktors der Steuerverwaltung, sagt Gasser.

Weshalb zwei Jahre gewartet?

Politiker von links bis rechts bezeichnen Insieme als «Fiasko» oder «Millionengrab». Die SP fordert eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK). Insieme sei von «Fehlinformationen und fragwürdigen Seilschaften geprägt», sagt Parteipräsident Christian Levrat.

Der Präsident der parlamentarischen Finanzdelegation, welche die Zustände bei Insieme mehrmals angeprangert hatte, ist anderer Meinung. Der Ruf nach einer PUK komme zu früh, sagt CVP-Ständerat Urs Schwaller. Auch die Finanzdelegation oder allenfalls die Geschäftsprüfungskommission könne sich um die offenen Fragen kümmern. Schwaller unterstützt Widmer-

Schlumpfs Entscheid, die Notbremse zu ziehen. Ihre Risikoanalyse sei nachvollziehbar, sagt er.

Dennoch muss sich Widmer-Schlumpf die Frage gefallen lassen, weshalb sie erst jetzt, fast zwei Jahre nach ihrem Start im Finanzdepartement, die Konsequenzen gezogen hat. Immerhin wurden in ihrer Amtszeit mehr als ein Drittel der 97 Millionen Franken ausgegeben. «Das Projekt hätte schon vor mehr als einem Jahr abgebrochen werden sollen», sagt Finanzdelegationsmitglied und SVP-Nationalrat Pirmin Schwander dazu. Generalsekretär Gasser kontert: «Ein Projekt in dieser Grössenordnung kann man nicht von heute auf morgen stoppen.» Zuerst habe man sich einen Gesamtüberblick verschaffen müssen. Die EFK stelle in diesem Zusammenhang in ihrem Bericht fest, dass die Steuerverwaltung dem Finanzdepartement in den Rapporten jeweils «nicht alle Fakten» geliefere habe.

IT-Flops

Kostspielige Fehlleistungen

Informatikprojekte der Verwaltung verursachen oft Probleme. Auch andere Bundesämter sind betroffen.

Von Maurice Thiriet

IT-Projekte, bei denen die Kosten aus dem Ruder laufen, bei denen Aufträge unter der Hand vergeben und die immer gleichen Firmen beschäftigt werden, gibt es nicht nur bei der Steuerverwaltung. So versuchen derzeit der frühere Swisscom-CEO Jens Alder und sein Swisscom-Weggefährte William Angst als «Task Force Informatik VBS» die Informatikprobleme im Verteidigungsdepartement (VBS) in den Griff zu kriegen. Die Mandate von Alder und Angst, laut Presseberichten mit 500 000 und 200 000 Franken jährlich honoriert, sorgten für Aufregung. Wie lange die beiden bleiben müssen, ist laut einem Departementsprecher «nicht bestimmt», denn ein Weggang führte zu «Know-how-Verlust und wesentlichen Mehrkosten».

Auch im Bundesamt für Umwelt (Bafu) kam es zu einem Vergabeskandal bei IT-Projekten. Gegen den ehemaligen Informatikchef des Bafu ermittelt die Bundesanwaltschaft. Dieser soll bei zwei Firmen, mit denen er verhandelt war, Programme bestellt haben, für die es gar keinen Bedarf gab. Im Bundesamt für Strassen sorgt die Entwicklung der Strassendatenbank Misra für rote Köpfe. Aufträge in Millionenhöhe wurden ohne ordentliche Ausschreibung vergeben. Eine Firma erhielt Aufträge im Wert von 16 Millionen Franken, wovon nur der erste im Umfang von 4,5 Millionen korrekt ausgeschrieben worden war.

Bei der Bundesverwaltung ist man sich der Problematik im Zusammenhang mit der Vergabe von IT-Projekten bewusst: «Aufträge der öffentlichen Hand müssen nach dem Beschaffungsrecht vergeben werden. Dies macht die Vergaben komplizierter, beschwerdefähig und damit in der schnelllebigen Welt der Informatik sehr langwierig», sagt Claudio Frigerio vom Bundesamt für Informatik und Telekommunikation.

Genf muss Finanzloch stopfen

Genf schreibt tiefroten Zahlen. Findet das Parlament keine Lösung, droht der Einsatz der Schuldenbremse.

Von Philippe Reichen, Genf

David Hiler (Grüne) sah die dunklen Wolken seit langem aufziehen. Noch am Samstag beantragte die Regierung dem Grossen Rat, die Steuern zu erhöhen, im Wissen darum, fürs Jahr 2013 rote Zahlen budgetieren zu müssen. Es wäre das zweite Defizit in Folge, weil in diesem Jahr wegen der Pensionskassensanierung des Staatspersonals ein Fehlbetrag von rund 350 Millionen Franken so gut wie sicher ist. Die Genfer Verfassung sieht vor, dass beim zweiten Defizit hintereinander automatisch die Schuldenbremse in Kraft tritt. Weil die Regierung keine Sparmassnahmen ins Auge fasste, schlug Hiler die Steuererhöhung vor.

Doch eine bürgerliche Mehrheit im Parlament wollte von höheren Steuern nichts wissen. So präsentierte David Hiler gestern fürs Jahr 2013 ein Budget, das einen Fehlbetrag von 278 Millionen Franken aufweist. Trotz eines Schuldenbergs von heute 11,4 Milliarden Franken, der Ende Jahr fast 12 Milliarden Franken betragen wird, ist die Regierung bereit, zu investieren. Am meisten Geld soll in den öffentlichen Verkehr, die Bildung, das Gesundheitswesen, den Justizapparat und die Polizei fließen. Hiler geht davon aus, einen Teil der Mehrausgaben mit höheren Steuereinnahmen finanzieren zu

können. Die Zunahme schätzt er für die nächsten vier Jahre auf 1,5 Prozent – auch, weil das Wachstum Genfs stets über dem Schweizer Durchschnitt liege.

FDP-Kantonsrat Pierre Weiss hält diese Prognose für viel zu optimistisch. Unterstützung erhält Hiler aber von Sozialdirektorin Isabel Rochat (FDP). Gemäss Rochat sind im Kanton in der ersten Hälfte dieses Jahres 2900 Arbeitsstellen geschaffen worden. Gleichzeitig haben sich aber die Löhne um 1,7 Prozent reduziert. Wenig gefallen dürfte der Regierung, dass ausser der Uhrenindustrie kein Industriezweig Wachstumszahlen liefert. Immerhin melden die Banken eine leichte Erholung.

Entscheid fällt im Dezember

Es bleibt dabei – verhindert das Parlament zwei aufeinanderfolgende Defizite nicht, kommt es zur Anwendung der Schuldenbremse. Diese steht seit der Volksabstimmung im Mai 2006 zwar in der Verfassung, ist auf Gesetzesebene aber nicht geregelt. Diesen Zustand muss die Legislative beseitigen. Insofern dürfte David Hiler deshalb darauf hoffen, dass das Parlament der Steuererhöhung doch noch zustimmt.

Finanzpolitiker Pierre Weiss geht heute davon aus, dass das Volk eine Steuererhöhung einer Ausgabenreduktion vorzöge. Das glaubt auch Sozialdemokrat Alain Charbonnier. Er sagt: «Es werden jene Leute mehr Steuern zahlen müssen, die können.» Kurz vor Weihnachten wird der Grosse Rat das Budget beraten und sich auf ein Vorgehen einigen müssen.

Rassismusvorwurf war illegal

Das Bundesgericht hat einem Politiker der Jungen SVP recht gegeben, der in einer Rede vor der Ausbreitung des Islam warnte.

Von Thomas Hasler

Laut einem gestern veröffentlichten Urteil hat die Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus den Präsidenten der Jungen SVP des Kantons Thurgau in seiner Ehre verletzt. Im Vorfeld der Antiminarett-Initiative hatte die Junge SVP Thurgau 2009 in Frauenfeld eine eher schwach besuchte Kundgebung durchgeführt. Darüber berichtete die Partei auf ihrer Website. Zitat: «In seiner Rede betonte der Präsident der JSVP, dass es an der Zeit ist, der Ausbreitung des Islams Einhalt zu gebieten. Die Schweizer Leitkultur, welcher das Christentum zugrunde liegt, dürfe sich nicht von anderen Kulturen verdrängen lassen, fügte er hinzu. Ein symbolisches Zeichen wie das Minarettverbot sei daher ein Ausdruck für den Erhalt der eigenen Identität.»

Diese Meldung fiel der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus auf. Auf ihrer eigenen Website zitierte sie die Mitteilung der Partei. Problematisch daran war, dass sie die an sich wertfreie Zusammenfassung in der Rubrik «Chronologie – Tatbestand: Verbaler Rassismus» veröffentlichte. Dies liess der JSVP-Präsident nicht auf sich sitzen. Der 21-jährige klagte wegen Persönlichkeitsverletzung. Das Bezirksgericht Kreuzlingen wies die Klage ab, das Obergericht hiess sie gut.

Und es verpflichtete die Stiftung, den Eintrag auf ihrer Website zu löschen und während dreier Monate durch den Hinweis zu ersetzen, dass die Stiftung den JSVP-Präsidenten mit der Bezeichnung «verbaler Rassismus» in seiner Persönlichkeit verletzt habe.

Dagegen beschwerte sich die Stiftung beim Bundesgericht. Jede Gruppenbildung in «Wir» und «Die anderen», die nach Kriterien Rasse, Hautfarbe, Abstammung, nationaler Ursprung, Volkstum oder Religion gemacht werde, erfülle den Begriff des Rassismus.

Nur Verschiedenheit aufgezeigt

So weit wollte das Bundesgericht den Begriff Rassismus nicht verstanden wissen. Grundsätzlich sei die Einordnung einer Äusserung einer Person als «verbaler Rassismus» ehrverletzend, weil die betroffene Person so «im Ansehen der Mitmenschen empfindlich herabgesetzt» werde. Rassismus sei eine Lehre oder Einstellung, «nach der bestimmte Rassen oder auch Völker hinsichtlich ihrer kulturellen Leistungsfähigkeit anderen von Natur aus überlegen sind», zitierte das Bundesgericht den Duden.

Das blosses Aufzeigen einer Verschiedenheit zwischen zwei Individuen oder Gruppen sei noch kein Rassismus. «Rassismus beginnt dort, wo der Unterschied gleichzeitig eine Abwertung der Opfer bedeutet, und das Hervorheben von Unterschieden letztlich nur ein Mittel ist, die Opfer negativ darzustellen und deren Würde zu missachten.» Das Bundesgericht wies die Beschwerde der Stiftung ab.

Bern beschliesst Frauenquote für Stadtverwaltung

Mindestens 35 Prozent der Führungspositionen in der Berner Stadtverwaltung sollen von Frauen besetzt sein: So will es das Berner Stadtparlament. Es hat gestern der Stadtregierung einen verbindlichen Auftrag erteilt. Um das gleichstellungspolitische Anliegen durchzusetzen, hatte eine überparteiliche Frauengruppe von Stadträtinnen aus fast allen Parteien eine Motion eingereicht. Mit vereinten Kräften vermochten die weiblichen Abgeordneten die Stadtratsmehrheit zu überzeugen: Das Parlament überwies die Motion mit 37 Ja- zu 18 Nein-Stimmen.

Sie verlangt, dass 35 Prozent der Kaderstellen in der Stadtverwaltung und in den öffentlich-rechtlichen Anstalten der Stadt von Frauen besetzt sein müssen. Heute beträgt der Frauenanteil in den Führungspositionen der Stadtverwaltung knapp 26 Prozent. Die Regierung muss nun Vorschläge unterbreiten, wie mehr Frauen an die Spitze gelangen können. Die Exekutive wollte den Vorstoss lediglich in der abgeschwächten Form eines Postulats entgegennehmen.

Der Grosse Rat von Basel-Stadt hat bereits eine Frauenquote von 30 Prozent für die Aufsichtsgremien von öffentlichen und halböffentlichen Unternehmen beschlossen. Auch in der Stadt Zürich ist eine Frauenquote für Spitzenpositionen in der Verwaltung ein Thema. SP-Fraktionschefin Min Li Marti kündigte im August einen entsprechenden Vorstoss an. (SDA)